

Zu diesem Heft

Das Heft 3/2000 der GEGENWARTSKUNDE bietet dem Leser eine schon außergewöhnliche Vereinigung aktueller Themenbearbeitungen. Dies gilt für die Autoren gleichermaßen. Die Herausgeber können nur mit großer Genugtuung und Dank die Bereitschaft vermerken und bekanntgeben, wie die Vitalität dieser Zeitschrift durch Angebote und die Bereitschaft zum Schreiben und Analysieren immer aufs Neue befördert wird. Es bleibt natürlich die große Hoffnung, dass sich dies auch dem Leser zu vermitteln vermag.

Erneut wird das Heft mit der Europa-Thematik eingeleitet. M. Rainer *Lepsius* nutzt den *Brennpunkt* zu einer profunden Herausstellung des immer dringlicher werdenden Verfassungsproblems der EU: Es ist die Suche nach einer angemessenen Institutionenordnung und Legitimationsbasis, die er in der Entwicklung von Verfassungsformen verwirklicht sieht, die für einen „Nationalitätenverbund“ geeignet sind. Am Beitrag von Claus *Giering* („Aktuelle Information“) ist zugleich zu erkennen, wie schwer sich die normativen Prämissen mit den anstehenden praktischen Kompromissen über die „Left-overs“ des Amsterdamer Vertrages vereinen lassen. Denn diese „Überbleibsel“ haben es in sich. Im Grunde enthalten alle hier aufgezeigten Reformvorschläge weitere Schwächungen der nationalstaatlichen Kompetenzen und damit eine Stärkung der gemeinschaftsrechtlichen. So wächst die EU in ein immer engeres Geflecht hinein, ohne von einer angemessenen Verfassungstheorie getragen zu sein.

Auch die anstehende Bundeswehrreform wird von zwei unterschiedlichen Seiten behandelt. Da ist auf der einen Seite die Reform selbst mit ihren nicht ausreichend diskutierten Grundlagen und Zielen, der neue Umfang der Bundeswehr und die Finanzierung. Sachkundig analysiert Johannes *Varwick* zugleich die Defizite der Debatte. Seine Ausführungen über die Wehrpflicht-Debatte verbindet sich dann mit dem Beitrag „Kontrovers dokumentiert“ von Hans-Hermann *Hartwich* über die Folgen für den Zivildienst. Dieser, mittlerweile ein Pfeiler sozialpolitischer Einrichtungen, kann allerdings gewiß nicht herhalten als Begründung für die Beibehaltung der Wehrpflicht.

Mit Unverständnis verfolgt vermutlich auch ein aufmerksamer Zeitungsleser die massiven Proteste, die die Tagungen der Welthandelsorganisation (WTO) und neuerdings auch des Internationalen Währungsfonds begleiten. Ausgangspunkt war der Abbruch der WTO-Konferenz von Seattle. Rainer *Tetzlaff* setzt sich mit den Gründen ausführlich informierend und zugleich vertiefend analysierend auseinander. In den Protesten komme zugleich und über die WTO hinaus die wachsende Bedeutung der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) als kritische Opposition gegen Globalisierung und ihre „global players“ zum Ausdruck.

Der Beitrag von Gunter E. *Zimmermann* über „Die nicht bewältigte Schuldenlast privater Haushalte“ stellt die aktuellen Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung über ein gesellschaftliches Problem dar, über das man wenig Belege findet und das dennoch vor allem auf der Mikroebene der Singles und der Familienhaushalte eine wachsende Bedeutung besitzt. Hier wird neueste Forschung präsentiert.

Ja, und dann sind es immer wieder die politischen Parteien als die zentralen Institutionen der Demokratie und des Regierens, die die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Kann die Wahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2000 als „Zäsur“ in bezug auf künftige Koalitionsbildungen in Deutschland angesehen werden? Die Grünen verlieren, die FDP gewinnt wieder, die SPD ist im, die CDU außer Tritt. Eckhard *Jesse* geht dieser Frage mit einem auch historisch wertenden Blick nach. Ob er Recht hat mit der These, dass 2002 Union und Grünen keine Schlüsselrolle mehr zukommt, wenn sich SPD und FDP vor der Bundestagswahl zu einer neuen Koalition bekennen?

Sicher könnte man bei der Überschrift „Frauenrechte sind Menschenrechte“ stutzen. Wieso denn nicht? *Caroline Y. Robertson* zeigt aber in ihrem Beitrag, dass weltweit die menschenrechtliche Verankerung von Frauenrechten und vor allem ihre Umsetzung alles andere als gesichert sind. Hier wird überzeugend dokumentiert, kritisch analysiert und „der lange Weg von der legalistischen Formel zur politischen Umsetzung“ perspektivisch in den Blick genommen.

Diesmal ist es wieder *Heiner Adamski*, der „Rechtsprechung kommentiert“ und zwar „Treuepflicht und politische Betätigung von Beamten“. Das Bundesverwaltungsgericht hat im Juni 1999 einen in der gegenwärtigen Diskussion über die Entwicklungen in der rechten und rechtsextremen Szene relevanten Fall entschieden und auf eine Verletzung der Treuepflicht erkannt. Es hat aber zugleich die disziplinarisch verhängten eher geringfügigen Sanktionen akzeptiert. Das Verfahren dauerte von 1994 bis 1999, also 5 Jahre. *Adamski* setzt sich kritisch mit dem Urteil auseinander und erweitert seinen Kommentar in Richtung auf die Gewaltfrage und entsprechende Defizite in der politischen Bildung.

Georg Weinmann berichtet aus der didaktischen Praxis über „Urteilsbildung durch Handlungsorientierung“ am „Fall Ludin“, dem sogenannten „Kopftuchstreit“ in Baden-Württemberg. Ein eindrucksvolles Beispiel für die Motivation von Schülern durch die offene Diskussion eines als hautnah empfundenen Problems

Eine große „Analyse“ von *Bernhard Schäfers* mit dem Thema „Konturen der Netzwerkgesellschaft. Neue Dimensionen der Sozialstruktur“ stellt die Frage: „In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?“ Er diskutiert bekannte „Schlüsselbegriffe“ wie Risikogesellschaft, Erlebnisgesellschaft, Wissensgesellschaft und befasst sich mit den gegenwärtigen informationstechnisch bedingten Wandlungsprozessen. Verlangt die „Informatisierung der Gesellschaft“ nicht neue Deutungen und realitätsgerechte Begriffe? *Schäfers* ist skeptisch. Eindeutiger als bisher geschehen, müsste empirisch nachgewiesen werden, dass zentrale Felder der Gesellschaftsstruktur durch diese Informatisierung eine bis in den Verhaltensbereich sich auswirkende Veränderung erfahren. Wichtig sei es aber, die technische Basis der neuen Sozialprozesse und -strukturen nicht aus dem Blick zu verlieren. Auch künftig werde jedoch das Individuum sein Realitätsverständnis oder seine Identität normalerweise nicht über das Netz aufbauen: „Der netizen wird den citizen nicht ersetzen“.

Zum Schluss sei auf unsere mittlerweile in wachsendem Maße öffentlich wahrgenommene Aufsatzreihe zu der aktuellen und schulpolitisch wichtig gewordenen Thematik „Mehr Ökonomie an die Schulen“ hingewiesen. Dazu schreibt in diesem Heft *Klaus-Peter Kruber* über „Kategoriale Wirtschaftsdidaktik – ein Zugang zur ökonomischen Bildung“.

Eine Zusammenstellung der relevanten Aufsätze finden Sie auf der homepage des Verlages: www.leske-budrich.de. – *Die Herausgeber*